

stützungskomplex des strategischen Zentrums, vor allem das Zusammenspiel mit der operativen Leitung und dem strategischen Apparat sowie das weitere Beratungsumfeld. Grundsätzlich machen die Autoren hier Trends der Zentrierung, Entideologisierung und Professionalisierung aus. Dabei wird nicht übersehen, dass die institutionellen Ausprägungen des jeweiligen politischen Systems, insbesondere die Führungskonstellationen der Parteidemokratie, die Chancen zur Etablierung eines funktionstüchtigen „strategischen Zentrums“ wesentlich bedingen. Hinzu kommen kontingente Faktoren: „Führungsfragen werden meist nicht strategisch entschieden.“ (S. 293) Zwar richtet sich das Strategiekonzept der Autoren auf Kollektivakteure, doch verdeutlichen die empirischen Fallstudien – verwiesen sei hier nur auf den situativen Politikstil von Bundeskanzler *Schröder* – klar die Relevanz der handelnden Personen und ihres individuellen Führungsstils.

In der Strategiebildung, der zweiten Säule des Strategy-Makings, geht es vorrangig um die Qualität strategischer Konzepte. Hier erkennen die Autoren ein unausgeschöpftes Optimierungspotenzial in der Methodik und den Verfahrensweisen. Die Säule der strategischen Steuerung betrifft schließlich den Prozess der Umsetzung einer konzipierten oder sich (graduell) herausbildenden Strategie. Diese umfasst Organisations-, Problempolitik-, Konkurrenzpolitik- und Kommunikationssteuerung. Hervorzuheben ist, dass die Autoren keineswegs einem „Planungsirrtum“ unterliegen, sondern die permanente Anpassung von Strategien im dynamischen Politikprozess für erforderlich halten.

Der von *Raschke* und *Tils* entfaltete Ansatz politischer Strategieanalyse erweist sich in doppelter Hinsicht als anschlussfähig. Der Praxis liefert er zwar kein Rezeptwissen, kann aber einen Beitrag dazu leisten, das eigene, täglich praktizierte Handeln zu überprüfen und zu strukturieren. Auch dürfte das Buch auf Jahre hinaus Bestand haben als Grundlegung der politikwissenschaftlichen Strategieforschung. Es verweist auf Forschungsdesiderata und liefert wichtige Impulse, theoretisch wie empirisch weiter an Strategiefragen zu arbeiten.

Manuela Glaab

Parteien in Deutschland: kompetentes und informatives Handbuch

Decker, Frank und Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 440 Seiten, € 29,90.

Das deutsche Parteiensystem hat sich in den letzten Jahren im nationalen, regionalen und kommunalen Raum ausdifferenziert. Immer mehr Parteien gewinnen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems an parlamentarischer Präsenz, wodurch sich die Handlungsoptionen der beteiligten Akteure und ihr Verhältnis untereinander verändern. Wie nicht zuletzt der Ausgang der Bundestagswahl 2005 verdeutlicht hat, erschwert die Fragmentierung des Parteiensystems die herkömmlichen (kleinen) Zweierkoalitionen und in der Folge die Regierungsbildung. Diese Entwicklung lenkt das Interesse der Wissenschaft zunehmend auf die kleinen Parteien. So hat der Arbeitskreis Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft bereits im Jahre 2005 seine Jahrestagung diesem Thema gewidmet. Auch für das von *Frank Decker* und *Viola Neu* herausgegebene Parteienhandbuch ist die Auffächerung des Parteiensystems und der Bedeutungs- und Einflussgewinn der kleinen Parteien Ausgangspunkt der Betrachtungen. Die Herausgeber wol-

len eine Bestandsaufnahme des deutschen Parteiensystems und Porträts gerade auch jener Parteien liefern, die zumeist außerhalb der öffentlichen, politischen wie wissenschaftlichen Aufmerksamkeit agieren.

Dabei knüpfen *Decker* und *Neu* bewusst an das in den 1980er Jahren erschienene, vierbändige Handbuch von *Richard Stöss* an.¹ Im Vergleich zu seinem Vorgänger präsentiert sich das neuere Handbuch wesentlich kompakter – was jedoch keineswegs von Nachteil ist. So erstreckte sich einst der Beitrag von *Alf Mintzel* zur Bayernpartei noch über 94 Druckseiten, während *Uwe Kranenpohl* seine Darstellung auf vier Seiten konzentriert.

Das aktuelle Handbuch beginnt mit einem allgemeinen Teil, der aus vier längeren Aufsätzen besteht. Zunächst diagnostiziert *Decker* eine Vertrauens-, Repräsentations- und Legitimationskrise des Parteienstaates, die nach seinem Dafürhalten Ausdruck einer „gestörte[n] Beziehung zwischen Bürgern und Parteien“ (S. 20) ist. Als einzig möglichen Ausweg aus der Politikverdrossenheit identifiziert er die Verbesserung der Output-Leistungen des politischen Systems, im Sinne eines „guten Regierens“ (S. 53). *Paul Lucardie* stellt unterschiedliche Parteitypologien vor. Mittels programmatischer, funktionaler, historischer, struktureller oder wahl- beziehungsweise mitgliedschaftssoziologischer Parameter lassen sich unterschiedliche Dimensionen von Parteien erfassen, ausdifferenzieren und kombinieren (S. 75 f.). *Heike Merten* legt anschließend die rechtlichen Grundlagen der Parteiendemokratie dar und verweist darauf, dass die Parteien in der Lage sind, ihre eigenen Rechtsgrundlagen zu gestalten (S. 111). Deshalb seien sie gut beraten, in diesem Bereich sensibel zu agieren, um jeglichen Anschein von Vetternwirtschaft, Korruption und Selbstbedienung zu vermeiden. *Oskar Niedermayer* zeichnet die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems nach. Dabei unterscheidet er fünf Phasen: Nach der Neuformierung konsolidierte sich das Parteiensystem in den 1950er Jahren und stabilisierte sich bis in die 1970er Jahre zu einem Dreiparteiensystem. Das Aufkommen der Grünen führte anschließend zur Pluralisierung. In Folge der deutsch-deutschen Vereinigung und der parlamentarischen Etablierung der Linkspartei bildete sich das gegenwärtige „fluide Fünfparteiensystem“ (S. 126) heraus, dass nach der Einschätzung *Niedermayers* künftig durch eine weiter wachsende Zahl von Koalitionsoptionen charakterisiert sein wird.

Im lexikalischen Teil des Handbuches findet jede Partei Berücksichtigung, die seit 1982 sowohl an Europa- und Bundestagswahlen als auch an Landtagswahlen teilgenommen oder bei einer dieser Wahlen mindestens 0,5 Prozent der Stimmen erhalten hat. In der Summe liegen Porträts zu insgesamt 82 Parteien vor, wodurch deutlich wird, wie vielschichtig und vielgestaltig sich parteipolitische Aktivitäten außerhalb der etablierten Parteien darstellen. Die einzelnen Artikel enthalten Ausführungen zu Geschichte und Programmatik der jeweiligen Partei sowie zu Wahlergebnissen und Organisation. Der Bedeutung und dem unterschiedlichen Informationsstand wird dadurch Rechnung getragen, dass die Artikel zu den größeren und langlebigeren Parteien umfangreicher und detaillierter ausfallen als die Ausführungen zu den Splitterparteien. Da zu einigen Parteien bislang keinerlei wissenschaftliche Erkenntnisse vorlagen, waren die Autoren oftmals auf Presseberichte, Selbstauskünfte oder auf Angaben aus den Verfassungsschutzberichten angewiesen. Entsprechend vage und unsicher sind die Informationen zu den Kleinstparteien zuweilen, worauf die Verfasser jedoch stets hinweisen. Den Herausgebern ist es gelungen – sofern überhaupt vorhanden –,

1 *Richard Stöss* (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, 4 Bände, Opladen 1983/84.

ausgewiesene Experten zu gewinnen. So porträtiert *Eckhard Jesse* DKP und NPD, *Kai Oliver Thielking* mehrere christliche Parteien und *Uwe Kranenpohl* die ödp. Die – durchaus kurzweilige – Lektüre zu den Klein- und Kleinstparteien mutet zuweilen wie der Gang durch ein Kuriositätenkabinett an. Einerseits liest man vergnügt die Berichte über die Spaßparteien, die mit abstrusen Forderungen offenkundig zur allgemeinen Erheiterung beitragen wollen. Andererseits stößt man auf extremistische Parteien, die sich offen oder verdeckt gegen die bundesrepublikanische Grundordnung stellen, und denen es vereinzelt sogar gelingt, ihre Mitglieder in eine sektenartige Abhängigkeit zu versetzen und finanziell sowie personell auszubeuten.

Die verschiedenen Porträts veranschaulichen, dass eine breite parlamentarische Präsenz für den Fortbestand einiger Parteien nicht zwingend notwendig ist. So waren oder sind etwa die Grauen und die ödp trotz begrenzter Wahlerfolge dauerhaft aktiv. Ferner verfestigt sich bei der Lektüre der von den Herausgebern beschriebene Eindruck (S. 10 f.), wonach vielfache Querverbindungen zwischen den behandelten Parteien bestehen. Umgruppierungen, Neugründungen, Umbenennungen, Fusionen und Abspaltungen haben in den letzten Jahrzehnten offenbar die Wirklichkeit vieler Klein- und Kleinstparteien bestimmt.

Das Nebeneinander der diversen Parteien verdeutlicht, wie unterschiedlich diese hinsichtlich ihrer politischen Erfolge und elektoralen Stabilität sind. So ist kaum absehbar, welche Parteien dauerhaft Bestand haben und welche dereinst als historische Pittoreske gelten werden. Dies unterstreicht nochmals die wissenschaftliche Relevanz der Faktoren und Momente, die Wahlerfolge ermöglichen und den Parteien die Perspektive zur Etablierung im politischen System eröffnen. Den Herausgebern und Autoren ist mit dem Handbuch ein kundiger, informativer und anregender Überblick gelungen, wobei sich die detaillierten Darstellungen der einzelnen Parteien und die einleitenden Aufsätze, die den allgemeinen Hintergrund beleuchten, sinnvoll ergänzen.

Heiko Biehl

Parteien in Parlament und Regierung: ein Beitrag zur Vergleichenden Regierungslehre

Saalfeld, Thomas: Parteien und Wahlen, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, 350 Seiten, € 21,90.

Politische Parteien umfassend darzustellen und zu analysieren ist kein leichtes Unterfangen: Sie sind sehr komplexe Gebilde mit vielschichtigen Organisationsstrukturen, nehmen eine Fülle von Funktionen wahr, die sie in einzelnen gesellschaftlichen und politischen Bereichen erfüllen sollen. Gleichzeitig agieren sie in Mehrebenensystemen auf lokaler, regionaler, nationaler und auch supranationaler Ebene. In parlamentarischen Demokratien gelten sie nach wie vor als unersetzliche Akteure im politischen Willensbildungsprozess, organisieren und koordinieren gesellschaftliche, parlamentarische und gouvernementale Prozesse mit.

Thomas Saalfeld unternimmt in diesem als Studienkurs konzipierten Buch den Versuch einer umfassenden Darstellung politischer Parteien, konzentriert sich dabei aber auf die Vorstellung von Ergebnissen aus hauptsächlich drei Bereichen der Forschung: Parteien in der Wählerschaft, Parteien als außerparlamentarische Organisationen und als Akteure in Parlamenten und Regierungen. Letzterer Aspekt wird dabei überraschend ausführlich be-